die Proletin

Ausgabe 01 | Zeitung des Bundes der Kommunist:innen (BdK) | Mai 2022

IN DIESER AUSGABE DER PROLETIN:

Auswirkungen von Krieg und Krise auf die Arbeiterklasse.....S.2
Interview mit dem „Bund der Kommunist:innen“.....S.3
kBos in Neukölln; Widerstand im Wedding.....S.4
Eröffnung Café Wostok in Lichtenberg; Polizeiwache am Kotti.....S.5
Zum Krieg in der Ukraine.....S.6
Sterben der Traditionssportplätze in Berlin.....S.7
Rat und Tat in Zeiten der Krise S.8

Krieg und Krise: Das Kapital profitiert, wir alle verlieren

Seit zwei Jahren verdienen wir alle weniger: Die Reallöhne sinken. Die Teuerung von Lebensmitteln und Gütern des täglichen Bedarfs übersteigt die mickrigen Lohnerhöhungen, wo es überhaupt welche gibt, bei weitem. Schon unter dem Vorwand der Pandemiebekämpfung wurden erkämpfte Arbeitsrechte geschliffen und die Rede von der „Solidarität“, in deren Namen man alles zu akzeptieren habe, was dem Kapital und der Regierung einfällt, wurde populär. Dann kam der Krieg in der Ukraine – und nun versuchte Rot-Grün-Gelb mit aller macht die Lüge salonfähig zu machen, dass eben „wir alle“ einen Preis für die „Solidarität“ gegen den russischen Angriffskrieg zu zahlen hätten.

Die Wirklichkeit sieht anders aus: Es sind nicht „wir alle“, die draufzahlen. Es sind wir Arbeiter:innen, Erwerbslose und Arme. Eine Ende 2021 veröffentlichte Studie des World Inequality Reports zeigte: Weltweit konnten die Milliardäre ihren Anteil am globalen Gesamtvermögen in Rekordtempo ausbauen. Zurück blieben Arbeiter:innen, Erwerbslose, Freiberufler und Kulturschaffende hierzulande, vor allem aber die Masse der Proletarier und Armen im Globalen Süden. Hungerkrisen wurden schon in der Pandemie häufiger, mit dem Ukraine-Krieg und der Zwangsabschottung Russlands (beide Dünger- und Getreide-Großproduzenten) stiegen die Getreidepreise erneut.

Vor allem in den Bereichen Gesundheit, Bildung, Logistik und Einzelhandel tätige Arbeiter:innen hatten dabei schon in der Pandemie eine immense Last zu tragen: Sie waren der Gefahr der Ansteckung ausgesetzt,

ihre Schichten wurden verlängert, ihr Arbeitsschutz wurde aufgeweicht. Es ist wenig verwunderlich, dass abertausende Arbeiter:innen in diesen ohnehin schon knapp besetzten Berufen, mit dem Gedanken spielen, zu kündigen.

Jede:r zehnte Arbeiter:in in Deutschland zählt heute zu den „working poor“, also jenen Menschen, die trotz Erwerbstätigkeit arm oder armutsgefährdet sind. Die von Rot-Grün zur Jahrtausendwende begonnene Ausdehnung des Niedriglohnsektors, die „Flexibilisierung“ der Arbeit bleibt ein wichtiger Faktor für diese Entwicklung – und die mickrigen Anhebungen des „Mindestlohns“ kompensieren diese Notlage nicht.

Noch dramatischer ist die Situation für Erwerbslose. Die Scholz-Regierung verweigerte Hartz-IV-Bezieher:innen gleich zu Beginn der Amtszeit auch nur den Angleich an die Inflation. Auch die mickrigen Zuschüsse zu Heizkosten, die später beschlossen wurden, decken die Mehrkosten nicht. Leben mit Hartz-IV bedeutet heute Armut und Hunger.

In allen diesen Sektoren stechen zudem zwei Gruppen von Menschen heraus, deren durchschnittliche Konditionen noch einmal verschlechtert sind: Das Kapital setzt auf Arbeit von Geflüchteten und Menschen mit Migrationshintergrund, um die Löhne weiter zu drücken; und der „gender pay gap“, also der Lohnunterschied zwischen Frauen und Männern bleibt hoch.

Die herrschende Klasse in Deutschland kommt dagegen ganz gut durch die Krise: „Für Milliardäre gleich die Pandemie einem Goldrausch. Regierungen haben Milliarden in die Wirtschaft gepumpt, doch ein Großteil ist bei Menschen hängengeblieben, die von steigenden Aktienkursen besonders profitieren.“, bilanzierte die Nichtregierungsorganisation Oxfam. Auf vielen Ebenen bleibt der einfache Satz des französischen Philosophen Jean Paul Sartres wahr: „Wenn die Reichen Krieg führen, sterben die Armen“.

Slawa Ukraini – Der ukrainische Nationalismus und der Westen

Der militante Nationalismus erlebt seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seine Blütezeit – ausgerüstet und bestärkt wurde er seit eh und je durch die USA, Großbritannien und Deutschland.

Der folgende Text braucht eine Vorbemerkung: Er will nicht in die Kerbe der russischen Propaganda schlagen, dass der Einmarsch von Putins Truppen im Nachbarland Ukraine eine „Entnazifizierung“ selbiger sei. Der Einmarsch hat andere Gründe und ist eine klare Aggression, die von Kommunist:innen abzulehnen ist.
Dass Putin allerdings das Element der „Entnazifizierung“ ideologisch nutzt, bedeutet zugleich nicht, dass das Gegenteil wahr ist und es keine Faschisierung der Ukraine gäbe. Diese ist offenkundig und sie hängt klar und deutlich mit einer historischen Kontinuitätslinie der westlichen Einflussnahme in der Ukraine zusammen.

Ethnische Säuberungen und NS-Kollaboration

Um sich das zu verdeutlichen, muss man sich die Geschichte des ukrainischen Nationalismus vergegenwärtigen: Ende der 1920er-Jahre schuf Dmyto Dontsov eine eigenständige ukrainisch-faschistische Traditionslinie, die ihren organisierten Ausdruck in der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) fand. Diese sehnte sich nach einer „ethnisch reinen“ Ukraine und wurde später zum Kollaborateur des NS-Faschismus. Die OUN pflegte schon vor der Machtübergabe an Hitler Kontakte zur deutschen Reichswehr und wurde zu Beginn des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion in diesen Feldzug eingebunden. Viele ihrer Anhänger und Kommandanten – etwa der heute glorifizierte Roman Schuchewytsch – gehörten zum Kern des Wehrmachtsbataillons „Nachtigall“.

...weiter auf Seite 6

Wer profitiert, wer verliert?

10 Fakten zu den Auswirkungen von Krieg und Krise auf die Arbeiterklasse weltweit

Die vergangenen Jahre waren geprägt von Angriffen auf die Arbeiter:innen, Erwerbslosen und Armen in der Bundesrepublik. Doch welche Verschlechterungen gab es konkret? Und wie griff der Staat dem Kapital unter die Arme? Eine Liste.

(1) Die Inflation erreichte bereits Ende 2021 seit langem nicht mehr gesehene Ausmaße. Im Oktober 2021 lag sie bei 4,5 Prozent, im November dann schon bei 5,2 Prozent. Durch den Ukraine-Krieg wurde die Teuerung erneut angeheizt, wobei viele Bereiche des täglichen Lebens betroffen sind: Lebensmittel, Gas, Benzin. Die Löhne stiegen im Vergleichszeitraum weniger als die Preise, so kam es in den vergangenen Jahren zu einem Reallohnverlust.

(2) In einem Akt freiwilliger Sozialpartnerschaft erklärten die Gewerkschaften des DGB schon zu Beginn der Pandemie zusammen mit den Unternehmer-Vertretern, keine allzu hohen Lohnforderungen stellen zu wollen. Im Namen der „Standort"-Sicherung verzichtet man auf Streiks und Kämpfe. Das Resultat: Grotest schlechte Tarifabschlüsse wie zuletzt bei verdi.

(3) Schon 2021 – also vor dem Ukraine-Krieg – stiegen die Gaspreise um ca. 5% an. Mit Ausbruch des Krieges verstärkte sich diese Entwicklung rasant. Schon im März erhöhte etwa die Gasag die Preise „so drastisch wie noch nie", wie Medienberichte formulierten. Leidtragende: Vor allem Haushalte mit geringen Einkommen. Selbst das Jobcenter sah sich im März zu der Warnung veranlasst, dass Deutschland einem „nicht gekannten Ausmaß von Energiearmut" entgegen gehe.

(4) Der Staat setzte zugleich im Rahmen der Pandemie ein bisher nie dagewesenes Programm an „Hilfsgeldern" und Krediten auf, um Unternehmen zu stützen. Insbesondere das „Kurzarbeitergeld", also die teilweise Übernahme der Lohnzahlungen durch den Staat, wurde breit in Anspruch genommen. Trotz dieser Krisenhilfen schütteten Konzerne danach Dividenden an ihre Anteilseigner und Boni an ihre Manager aus. Die Lasten wurden staatlich getragen, die Profite privat verteilt.

(5) Dennoch kam es im Zuge der Pandemie zu einer Reihe von Werkschließungen und Arbeitsplatzabbau. Im Stahlsektor, im Maschinenbau, im Dienstleistungsbereich bauten Konzerne mehrere Zehntausend Stellen ab – viele davon – wie etwa der Autozulieferer Schäffler -, obwohl sie zugleich Produktionskapazitäten in Niedriglohnländern ausbauten. Die Pandemie war nur Vorwand für dieses Outsourcing.

(6) In einigen Bereichen wie der Pflege oder dem Transportwesen nutzten die Unternehmer die Chance, um Arbeitsschutzregeln aufzuweichen. Anstatt diejenigen, die ohnehin schon völlig überarbeitet waren, zu entlasten, wurden längere Schichten legalisiert und der Unterbesetzung mit noch mehr Druck auf die Beschäftigten begegnet. Im Rahmen sogenannter „Arbeitsquarantäne" wurde das Leben der Werktätigen auf das für den Kapitalismus wesentliche reduziert: Arbeiten und Isolation.

(7) Setzten schon vor dem Krieg in der Ukraine einige arbeitsintensive Bereiche wie Landwirtschaft, Pflege und Bau auf über-ausgebeutete migrantische Arbeitskraft, wird dieser Effekt durch den sogenannten Arbeitskräftemangel noch einmal verstärkt. Schon im März bekundete der Vorsitzende des Bundesverbandes für häusliche Betreuung und Pflege (VHBP): „Bis zu 300.000 Ukrainerinnen werden schätzungsweise für die Hälfte des Honorars arbeiten und alle Bedingungen ertragen, um ihre Familien zu ernähren". Schon zuvor hatte die ehemalige Bundesregierung, damals noch unter Jens Spahn (CDU), auf Anwerbeabkommen in Staaten wie den Philippinen gesetzt – statt die Löhne zu erhöhen und den Beruf attraktiver zu machen.

(8) Exorbitant angestiegen sind in der Pandemie die Aufträge für diverse urbane Lieferdienste. Lieferando, Gorrilas und Co. erfreuten sich voller Auftragsbücher, die Investments in die Start ups stiegen. Zugleich blieben die Arbeitsbedingungen für die überwiegend migrantischen Arbeiter:innen schlecht, die Löhne niedrig. Versuchen, Betriebsräte zu gründen, zu streiken und die eigene Lage durch Öffentlichkeitsarbeit und Demonstrationen zu verbessern, trat man mit Union Busting und Entlassungen entgegen.

(9) Noch dramatischer waren die Folgen der Corona-Pandemie und damit des zeitweiligen Einbruchs von Globalen Lieferketten auf die Arbeiter:innen des Globalen Südens. Sie werden mit jeder Welle von Auf- und Abschwung in die Produktion gesogen oder aus ihr geworfen – mit dem Unterschied, dass hier keinerlei Kompensation für die nun beschäftigungslosen Werktätigen besteht. Die Lage der arbeitenden Klasse im Globalen Süden, die die Mehrheit des Proletariats auf der Welt ausmacht, hat sich im Zuge der multiplen Krisen weiter verschlechtert.

(10) Wie die NGO „Aktion gegen Hunger" schon Mitte 2021 erklärte, litten im Jahr 2021 zusätzliche 132 Millionen Menschen weltweit unter Hunger. Die Zahl der Hungernden stieg damit zum 5. Mal in Folge. Diese Zahlen rechnen zwar bereits Effekte der Pandemie ein, nicht aber des mit dem Ukrainefeldzug Putins und dem Sanktionsregime des Westens begonnenen dramatischen Steigerungen der Getreide- und Düngerpreise im Jahr 2022. Diese werden, so vermuten Experten, die weltweite Hungerkrise noch verschärfen.

Gegenwehr: Gewerkschaften zu zahm

Die Gegenwehr von Arbeiter:innen gegen die Abwälzung der Krisenlasten mag noch in den Kinderschuhen stecken, aber sie existiert. In den vergangenen Jahren gab es Streiks der Krankenhausbelegschaften, von Lieferarbeiter:innen, Demonstrationen im Bauhauptgewerbe und bei den Erzieher:innen der Kindertagesstätten.

Allerdings muss man betonen: Das Streikvolumen insgesamt blieb auch in den Jahren der Pandemie außerordentlich niedrig – was auch an der von den Gewerkschaften zunächst ausgerufenen „Streikpause" im Jahr 2020 liegen dürfte. Die Stimmung in den Belegschaften dürfte das nur unzureichend widerspiegeln: Jeder zweite ist Umfragen zufolge mit seiner Arbeit unzufrieden, in einigen Bereichen wie der Pflege sind es über 70 Prozent.

Neueröffnung des Café Wostok in der Weitlingstraße 97!

Besucht uns ab dem 20. April für Kaffee, Kuchen und warme Küche.

Preise wie vor der Inflation!

„Wir haben eine Welt zu gewinnen!“

Seit Frühjahr letzten Jahres existiert der Bund der Kommunist:innen (BdK) in Berlin. Wir haben mit zwei seiner Sprecher:innen über die Gruppe gesprochen.

Mit dem Bund der Kommunist:innen (BdK) gibt es eine neue kommunistische Gruppierung in Berlin. Was ist das programmatische Fundament der Gruppe und für welche Positionen steht ihr ein?

Daniel: Wir haben uns ein Programm gegeben, das einerseits sehr „klassische“ Positionen vertritt, die einer klassenbewussten, revolutionären Linken. Wir sind eine kommunistische Organisation, das heißt, der Zweck unserer Organisation ist das Erstreiten einer klassenlosen Gesellschaft, in der keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen existiert. Wir stellen uns dabei in die Tradition der Arbeiterbewegung und der antikolonialen Bewegungen, wobei wir deren Erfahrungen aufgreifen und weiter entwickeln wollen.

Dilan: Es gibt vieles, was in unserem Programm Konsens unter Kommunist:innen sein dürfte: Es ist antimilitaristisch und antiimperialistisch im Sinne der Unterstützung progressiver Bewegungen gegen den Imperialismus; es ist selbstverständlich feministisch und antirassistisch; es ist internationalistisch in dem Sinne, dass wir die hiesige Arbeiterklasse als Sektion der Weltarbeiterklasse sehen und gegen sozialchauvinistische, nationalistische Krisenlösungen eintreten. Und so weiter.

„Also was haben wir zu verlieren? Nicht viel. Aber wie heißt es so schön: wir haben eine Welt zu gewinnen.“

Aber ich will vielleicht zwei „Besonderheiten“ im deutschen Kontext hervorheben: Erstens, wir halten die Schaffung einer militanten Avantgarde der Klasse für notwendig – ‚militant‘ nicht in dem landläufigen Sinne von gewaltsam oder aggressiv, sondern als Haltung der Unversöhnlichkeit und als Anspruch an uns selbst, so diszipliniert wie möglich an unseren Zielen zu arbeiten. Und zweitens wir setzen strategisch auf einen Ansatz der „Gegenmacht“, also des schrittweisen Aufbaus von offenen Basis-Institutionen in Nachbarschaften, Betrieben und kulturellen Milieus, die sozusagen Massenorganisationen werden sollen.

Eine Frage, die sich aufdrängt, ist: Warum angesichts der Zersplitterung der Linken überhaupt eine neue Gruppe?

Dilan: Nun, wir sind ja zum einen eine Fusion aus Kreisen, die zuvor in anderen Organisationen waren. Da bildete sich ein Pol von Genoss:innen heraus, denen die bestehenden Formen, sich zusammen zu schließen, zu unverbindlich waren. Für uns war entscheidend: Wir wollen ein klares politisches Programm. Wir wollen eine Arbeitsweise, die auf Verankerung im Proletariat abzielt. Und wir wollen ein Statut, Institutionen und klare Verantwortlichkeiten, auch eine Überprüfbarkeit von Erfolg und Misserfolg. Also haben wir das ausgehandelt und eine Grundlage für so eine Organisation geschaffen.

„(...)wir halten die Schaffung einer militanten Avantgarde der Klasse für notwendig – ‚militant‘ nicht in dem landläufigen Sinne von gewaltsam oder aggressiv, sondern als Haltung der Unversöhnlichkeit und als Anspruch an uns selbst, so diszipliniert wie möglich an unseren Zielen zu arbeiten.“

Insgesamt ist es wohl der Versuch, auf ein augenscheinliches Missverhältnis zu antworten: Einerseits leben wir in einer Zeit, in der eine sozialistische, kommunistische Antwort auf die vielfachen Krisen des Kapitalismus offensichtlich erscheint. Und dann leben wir aber doch in einer Zeit, in der die „Linke“ - insgesamt, nicht nur diese Partei – den Menschen diese Antworten nicht vermitteln kann. Wir wollen mit unseren bescheidenen Mitteln helfen, dieses Missverhältnis zu beseitigen. Wir sehen dabei auch andere, die sich in eine ähnliche Richtung entwickeln und das finden wir gut, wir haben ja kein Monopol auf dieses Konzept.

Der BdK wurde schon vor über einem Jahr gegründet, ihr habt euch entschieden, erst jetzt an die Öffentlichkeit zu treten. Warum?

Daniel: Wir wollten etwas vorweisen können, das Hand und Fuß hat. Und es gab keine Notwendigkeit, bevor man einigermaßen stabil aufgestellt ist, an die Öffentlichkeit zu treten und irgendwelche Erklärungen ins Internet zu schreiben. Wir mussten zunächst einmal die interne Gliederung, Statut und Programm ausformulieren und mit Leben füllen, mit der Arbeit beginnen. Dann erschien es uns der richtige Zeitpunkt mit der Öffentlichkeitsarbeit zu beginnen.

Wir finden es auch richtig, uns im Aufbau einer Organisation einen eigenen Rhythmus zu geben, also nicht hektisch alles auf einmal zu wollen, sondern kollektiv zu planen und dann nach diesem Plan vorzugehen.

Welche Themen und Arbeitsfelder werden dieses Jahr bei euch im Mittelpunkt stehen?

Dilan: Wir haben ja langfristige Arbeitsfelder: Die Arbeit an der Basis in den Stadtteilen, die Mitarbeit in politischen und sozialen Bewegungen. Da geht es uns um Aufbau-Arbeit, um die Verwurzelung in der Nachbarschaft oder in politischen Widerstandsbewegungen. Das ist oft sehr kleinteilig, aber entscheidend, weil ohne Ansprechbarkeit und Sichtbarkeit im Alltag wird man nicht weit kommen.

Dann haben wir andere Arbeitsfelder wie zum Beispiel regelmäßige in- und externe Bildungsveranstaltungen, weil wir viel Wert darauf legen, uns die eigene Theorie anzueignen und da auch alle gemeinsam auf der selben Grundlage zu stehen.

Daniel: Dazu kommen jetzt, da wir den Schritt in die Öffentlichkeit getan haben, die jeweils tagesaktuellen Lagen: Die Kriegsgefahr und Militarisierung und die Abwälzung der Krisenlasten auf die Arbeiter:innen und Erwerbslosen Weltweit.

„Da haben wir viel wieder gut zu machen.“

Wie schätzt ihr die Perspektive der Kommunist:innen in Deutschland mittelfristig ein?

Dilan: Man darf sich da nicht selbst anlügen. Wir wissen ganz gut, dass wir heute in der Defensive sind. Einerseits ist der Antikommunismus eine weit verbreitete und wirksame Ideologie. Zum anderen muss man eben auch ehrlich sagen: Die außerparlamentarische Linke hat die Arbeiter:innen und Armen in den vergangenen Jahrzehnten nicht mal als Adressat ihrer oft völlig abgehobenen, abstrakten Debatten gesehen. Da darf man sich auch nicht wundern, wenn die Klasse einen im besten Fall ignoriert. Da haben wir viel wieder gut zu machen.

Die Kämpfe der kommenden Zeit werden vor allem Abwehrkämpfe sein, aber auch gerade deshalb ist es wichtig, in diesen Auseinandersetzungen den Organisationsgrad zu erhöhen, um irgendwann wieder in die Offensive gehen zu können. Das mag jetzt weit weg klingen, aber die Hoffnung stirbt zuletzt. Außerdem sind wir ja selbst Arbeiter:innen, Erwerbslose, Studierende – viele davon mit sogenanntem Migrationshintergrund. Also was haben wir zu verlieren? Nicht viel. Aber wie heißt es so schön: wir haben eine Welt zu gewinnen.

Das hier ist ja eine Verteilzeitung, also wie kann eine Person, die dieses Blatt in die Hand bekommt und die bei euch mitmachen will, das tun?

Dilan: Zu dem Ansatz der Verbindlichkeit, den wir oben kurz angerissen haben, gehört auch, dass wir in die Kernorganisation nur Menschen aufnehmen, mit denen uns bereits ein paar Monate Zusammenarbeit in den Stadtteilkomitees und an der Basis verbindet. Der richtige Ort ist also dort: Da gibt es jede Menge gemeinsamer Arbeit im Alltag, man lernt sich kennen und wer sich dann auch weitergehend organisieren will, kann von dort aus beitreten.

„kbO“ in Neukölln: Polizeiwillkür und Verdrängung

An sogenannten „kriminalitätsbelasteten Orten“ hat die Polizei Sonderrechte. Sie nutzt das für rassistische Kontrollen und Verdrängung.

Berlin, Neukölln. Ein Wochentag wie jeder andere auf dem Hermannplatz: Menschen laufen zur U-Bahn, die Rufe der Markthändler:innen schallen über den Platz, am Rand wird wahlweise Kaffee, Mokka oder Bier getrunken - ein lautes und buntes Durcheinander. In letzter Zeit sind aber auch immer häufiger Polizist:innen auf dem Platz präsent und führen Kontrollen durch. Denn der Hermannplatz ist ein „kriminalitätsbelasteter Ort“ (kbO).

Laut des Allgemeinen Sicherheits- und Ordnungsgesetzes Berlin (ASOG Bln) setzt diese Bezeichnung eines Ortes voraus, das dort Straftaten von erheblicher Bedeutung verabredet, vorbereitet oder verübt werden. Wenn das nach den intern festgelegten Kriterien der Polizei der Fall ist, darf sie an diesen Orten ohne Verdacht auf eine konkrete Gefahr Menschen und Objekte anhalten, kontrollieren und durchsuchen. In ganz Berlin gibt es aktuell acht kbO, an denen die Polizei mit diesen Sonderrechten ausgestattet ist. Der rot-grün-rote Senat möchte laut Koalitionsvertrag zur vorbeugenden Kriminalitätsbekämpfung und damit öffentliche Orte sicherer werden, an den kbO nun sogar Videoüberwachungen einführen.

In Neukölln gibt es zwei kbO, den Bereich Hermannplatz/Donaukiez und den Bereich Hermannstrasse/Bhf.Neukölln. Wie bei den anderen kbO auch, sind die genauen Grenzen unbekannt. Aus Polizeieinsätzen lässt sich aber ableiten, dass sie viel größer sind, als deren Namen vermuten lassen. So umfassen sie einen sehr großen Teil von Nordneukölln zwischen Hermannplatz und Ring. Die Polizei begrünget das dadurch, dass es dort vor allem Diebstähle, Köperverletzungen und Straftaten im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln gäbe. Was bedeutet das für Anwohner:innen und die Menschen die sich tagtäglich an diesen Orten aufhalten?

Der Aktivist Mohammed Ali Chahrour ist gebürtiger Neuköllner und erzählt von seinen eigenen Erfahrungen: „Wenn ich am Hermannplatz oder am Kotti bin, rechne ich ständig damit, von der Polizei kontrolliert zu werden.“ Seinen weißen deutschen Freund:innen passiere so etwas nicht, da in der Regel Menschen mit Migrationsgeschichte Ziel der Kontrollen würden, so Chahrour. Racial Profiling wird zwar von offizieller Seite immer noch bestritten, doch selbst innerhalb der Polizei gibt es Stimmen, die diese Praxis bestätigen. Was Chahrour dabei Sorgen bereitet, geht über eine rein persönliche Betroffenheit hinaus. Er ist Teil der Initiative Kein Generalverdacht, die auf die diskriminiernden Shisha-Bar-Razzien aufmerksam macht. Er beobachtet dort eine Entwicklung, die für ihn Parallelen zu den kbO hat: „Im Kampf gegen die sog. „Clankriminalität“ wurde mit der Beweislastumkehr ein rechtsstaatliches Prinzip gekippt, wodurch der Staat auf einen Verdacht hin Vermögen beschlagnahmen kann“. Ähnlich sei es auch bei den kbO, „die Unschuldsvermutung ist für alle Menschen die sich dort aufhalten, außer Kraft gesetzt. Beides ist rechtlich äußerst umstritten und gefährlich, aber es interessiert niemanden, weil diese Themen so rassistisch aufgeladen sind“, erklärt Chahrour.

Der Senat sieht das anders und sagt das die kbO und Kameras den Kiez sicherer machen.
Nicht zu übersehen ist, das es gerade in Neukölln viele Probleme und Konflikte gibt - Wohnungslosigkeit, Drogen, Armut, Kriminalität, Gewalt. Doch kann die aktuelle Politik des Senats nicht zu ihrer Lösung beitragen, so die Stadtforscherin Niloufar Tajeri. „Denn das sind fast alles soziale Probleme, die nur mit sozialen Ansätzen gelöst werden können. Was der Senat aber macht, ist eine rechte Law&Order Politik, bei der es nicht um die Sicherheit der Mehrheit geht,“ so Tajeri. Sie lebt selber in Neukölln und engagiert sich in der „Initiative Hermannplatz“ gegen die Pläne des Signa-Konzerns. Dieser will am Hermannplatz das Karstadt-Gebäude abreißen und für eine halbe Milliarde Euro einen Luxus-Einkaufstempel errichten. Hier sieht Tajeri auch den eigentlichen Zweck hinter den kbOs: „Konzerne wie Signa brauchen ein anderes Klientel an zentralen Orten, Menschen die mehr konsumieren und das dann auf Instagram präsentieren. Die jetzigen Nutzer:innen des Hermannplatz sollen verschwinden und genau diese Funktion haben die kbOs: wohnungslose Menschen, von Rassismus betroffene Menschen, arme Menschen werden überwacht, schikaniert und verdrängt!“

Tajeri folgend bräuchte es also statt Kameras an Gebäuden Laptops in Schulen; statt einer neuen Polizeiwache am Kottbusser Tor eine Notunterkunft für wohnungslose Menschen; statt mehr Einsatzkräften bei der Polizei mehr Lehrer:innen und Pflegepersonal. Nur leider ist der Senat dabei den Schuletat zu kürzen, Notunterkünfte haben immer weniger Plätze und die Mängel im Gesundheitssystem sind in der Pandemie noch deutlicher als zuvor zu Tage getreten. Es ist eine durchaus berechtigte Frage, für wessen Wohlergehen und wessen Sicherheit diese Politik eigentlich sorgt.

Hier unten im Wedding können wir uns nur selber helfen!

Eine kollektive Erfahrung von Genoss:innen aus der Kiezkommune Wedding.

Wenn ich beginne die Geschichten aufzuschreiben, die jede Woche in unserem Stadtteilladen in der Buttmannstraße im Wedding erzählt werden, dann werden Krieg, Krise, Ausbeutung und Unterdrückung real. Dann bleibt nichts von der Erzählung, dass „der Kapitalismus gut funktioniert“. Dann bleibe ich wütend über die Verhältnisse zurück, in denen wir gezwungen sind zu leben.
Diese Geschichten sind oft bedrückend. Es geht darum die Wohnung zu verlieren und keinerlei Chance zu haben mit einem Zettel vom Jobcenter eine neue zu finden. Es geht um tägliche Polizei Kontrollen mit denen 14, 15 jährige Jugendliche eingeschüchtert werden, darum vor Gericht von Richter:innen und windigen Anwält:innen gedemütigt zu werden. Es geht um „häusliche Gewalt“ und Feminizide. Es geht um Rassismus. Es geht um Löhne, die nicht zum Leben reichen, aber zu viel zum Sterben sind. Um psychische Krankheiten, um Drogen, weil eh alles hoffnungslos scheint, um Einsamkeit und um Kriegserfahrung. Um die Wut auf selbstgefällige Politiker:innen und Medien. Um kaputte Familien, Krankheit und Tod.
All diese Fragen sind keine individuellen Themen sondern wiederholen sich immer und immer wieder. Es sind gesellschaftliche Realitäten, sie lassen sich nicht einfach ignorieren. Sie sind mit dutzenden Statistiken belegt. Und alle zeigen, dass das herrschende kapitalistisch-patriarchale System überhaupt nicht gut funktioniert. Dass es unsere Nachbarschaft, unsere Familien und Freundeskreise zerstört, dass es uns unsere Lebensgrundlage raubt.
Aber aus dieser aufkeimenden Wut Hoffnung zu schöpfen ist nicht leicht. Es gehört eine gehörige Portion Idealismus dazu. Es sind aber auch die anderen Geschichten und Momente, die uns Kraft und Hoffnung geben. Wenn wir zusammen Aktionen organisieren, wenn neue Gesichter plötzlich auftauchen und etwas bewegen wollen, wenn jemand erzählt wie sie dem Chef ein Schnippchen geschlagen haben oder wenn Leute, die niedergeschlagen in den Kiezladen kamen, sich mit einem Lächeln, etwas mehr Hoffnung und neuem Kampfgeist wieder aufmachten.
Um das Elend dieses politischen Systems zu überwinden braucht es noch viel mehr solcher Momente. Für uns ist die Antwort Selbstorganisierung, Selbstschutz und der Aufbau von realer Gegenmacht hier im Kiez. Wir wollen die Isolation und die Vereinzelung überwinden, denn gemeinsam sind wir stark. Wir kämpfen selbstbewusst für Veränderung. Das heißt, wir kommen zusammen und bilden eine Gemeinschaft. Denn wenn wir uns verbinden, dann können wir nicht nur unsere Alltagsprobleme lösen, sondern die Dinge ins Rollen bringen. Dann können wir etwas bewegen. Selbstorganisierung ist für uns keine leere Phrase oder irgendein Mythos, wir meinen: Wir glauben den falschen Versprechen der Politiker:innen nicht und brauchen tun wir sie erst recht nicht mehr. Wenn sich jemand um uns kümmert, dann sind wir es hier unten. Hier unten im Wedding können wir uns nur selber helfen!

Aus Wut wird Hoffnung wird Widerstand!

„Der Weitlingkiez ist ein typischer Wohnbezirk, kein touristischer Pilgerort“

In Berlin Lichtenberg eröffnete im Januar 2022 in der Weitlingstraße 97 das Café Wostok. Ein Interview mit Micha, Teil des Wostok-Kollektiv und des Stadtteilkomitees Lichtenberg.

Hallo Micha, erzähl doch mal zuerst, wer ihr eigentlich seid und was ihr hier konkret macht.

Seit 2020 haben wir uns als Kollektiv dem Aufbau des Café Wostok gewidmet. Als Café Wostok sind wir mit vielen anderen gemeinsam organisiert in einem Zusammenschluss, der sich „Stadtteilkomitee“ nennt. Stadtteilkomitees gibt es auch in Neukölln und im Norden im Wedding. Wir versuchen, auf einer gemeinsamen Grundlage Angebote in den jeweiligen Nachbarschaften aufzubauen. Unsere Arbeit in Lichtenberg begann zuerst mit der in Berlin besonders schwierigen Suche nach einem passenden Laden, anschließender Renovierung, der Suche nach Unterstützer:innen und Möglichkeiten der Finanzierung. Die Corona-Pandemie hat uns da auch öfter mal einen Strich durch die Rechnung gemacht, sodass sich manchmal der Zeitplan auch verschoben hat. Pünktlich zum Jahresbeginn 2022 haben wir dann das erste Mal unsere Türen geöffnet mit unserem monatlich stattfindenden Kiezkino und einem ersten Tag Café-Betrieb. Dazu kommen noch regelmäßige Angebote wie ein Nachhilfekurs für Schüler:innen, die den MSA machen wollen, mit dem Schwerpunkt Mathematik, eine Sozial- und Arbeitsrechtsberatung, sowie andere regelmäßige Veranstaltungen. In den kommenden Monaten wollen wir aber vor allem weiter in der Öffentlichkeit arbeiten, also mit Zusammenkünften auf den angrenzenden Plätzen, ins Gespräch kommen mit unserer Nachbarschaft und konkret schauen, was wir zur Verbesserung der Lebenssituation der Menschen im Kiez tun können.

Was hat euch motiviert in Lichtenberg eine solche Örtlichkeit aufzubauen? Lichtenberg ist ja jetzt aktuell zumindest keiner der hippen Bezirke Berlins.

Tatsache, genau das. Lichtenberg ist im Gegensatz zu vielen Berliner Innenstadtbezirken noch nicht so stark gentrifiziert. Der Weitlingkiez ist ein typischer Wohnbezirk, kein touristischer Pilgerort. Dabei war für uns gerade die Geschichte Lichtenbergs und die sozialen Faktoren ein entscheidender Punkt. Wir glauben, das in Lichtenberg die Bedingungen gut sind, um gemeinsam mit den dort lebenden Menschen eine Alternative von unten zu organisieren. Das liegt nicht nur, aber auch daran, dass dort noch viele Menschen wohnen, die sozialistischen Ideen nicht unaufgeschlossen gegenüber stehen, gerade auch wegen ihren Erfahrungen in der DDR und der heutigen BRD.

Was sind eure konkreten Pläne für die kommenden Monate?

Wir werden uns immer weiter darauf fokussieren, in unserem Laden einen Café-Betrieb und die regelmäßig stattfindenden Angebote zu etablieren. Da wir dort aber alles ehrenamtlich und ohne finanzielle Unterstützung durch den Senat oder andere staatliche Stellen leisten ist das Ganze natürlich auch immer auf Spenden und die tatkräftige Unterstützung von Menschen, die zu uns stoßen angewiesen. An dieser Stelle eine herzliche Einladung an die Menschen die das hier lesen werden, bei uns vorbeizukommen, sich das Projekt anzuschauen und mitzumachen und mit ihren Ideen zu gestalten.

Polizeiwache am Kotti – nur noch Eine mehr, dann sind wir sicher

Als das „Neue Kreuzberger Zentrum“, kurz NKZ am Kottbusser Tor 2017 an einen Privatinvestor verkauft werden sollte, kam es zu massiven Protesten in der Mietenkampfbewegung. Denn der Verkauf an einen Privatinvestor hätte für das NKZ, die sicher symbolhafteste und zentralste Großwohnsiedlung Kreuzbergs, einen Verlust, der sich im Gebäude befindenden Sozialwohnungen bedeutet. Florian Schmidt (Grüne), der Baustadtrat des Bezirks Friedrichshain-Kreuzberg betonte damals die jüngere, historische Bedeutung der Gegend um den Kotti und erklärte den Verkauf des NKZ zu einem Fanal in der Berliner Wohnungspolitik, bekundete sein Bestreben, die demographische „Berliner Mische“ zu erhalten und wies auf das Vorkaufsrecht des Bezirks hin, um einen Immmobiliendeal zugunsten der Privatinvestoren zu verhindern. Schlussendlich konnte die landeseigene Wohnungsbaugesellschaft Gewobag das Gebäude für 56,5 Millionen Euro erwerben.

Die gleiche, landeseigene Gewobag ist es nun, die die Galerie des NKZ, in der früher mal ein Wettbüro war, an die Polizei vermieten will. Innensenatorin Spranger (SPD) will eine neue Polizeiwache am Kottbusser Tor einrichten und die Galerie, dessen Fassade Leinwand für die berühmte „Zentrum Kreuzberg“ Leuchtschrift ist, in diesem Zuge in einen Überwachungsturm verwandeln, das den gesamten Bereich des Kottbusser Tor einsehen soll. Der Mietvertrag, über dessen Bestehen bereits eine Absichtserklärung erstellt wurde, soll zwischen der Gewobag und der landeseigenen Berliner Immobilienmanagement GmbH (kurz BIM) geschlossen werden. Iris Spranger, die sich wohl nie genug als Hardlinerin in Sachen Polizei inszenieren kann, will zudem in den Aufsichtsrat der BIM, um der Berliner Polizei – mit dem größten Kunden der BIM - noch widerstandsloser Raum in der Stadt zu schaffen, was eben gleichbedeutend ist damit, dass weniger Raum für Bildung, Soziales und Wohnen zur Verfügung gestellt werden wird.

Spranger begründet ihre Entscheidung über die Unterbringung einer neuen Polizeiwache damit, dass sich anscheinend knapp mehr als ein Drittel der Anwohner eine größere Präsenz der Polizei am Kottbusser Tor wünschen würden. Es ist die gleiche Iris Spranger, die ein Drittel der Anwohner jetzt anscheinend zu einer Mehrheit geltend machen will, die bei einem Hearing des Initiativenforums alle Vorschläge für mehr Mieter:innenmitbestimmung abgelehnt hatte.

Ercan Yasaroglu, der Inhaber des Café Kotti, welches seine Räumlichkeiten auch im NKZ anmietet, kritisiert das Vorhaben die Polizeiwache in die Galerie einziehen zu lassen und damit den Eindruck eines Überwachungspostens zu erwecken. Zwar tut er seit Jahren kund, sich mehr Polizeipräsenz (und die damit einhergehende extreme Kriminalisierung der Armut am Kottbusser Tor) zu wünschen, doch ist unzufrieden damit, dass die Polizeiwache nicht im Erdgeschoss des NKZ einen Platz findet. Die liberale Symbolpolitik (allen voran) der SPD scheint in ihrem Vorhaben und in der Kritik des Gewerbetreibenden ihre Vollkommenheit erreicht zu haben. Wenn auch die Probleme der Gewerbetreibenden heute vielfältig sind, können einige von ihnen, wie Yasaroglu, wohl ihre Komplizenschaft zur Bourgeoisie und die Vertretung der Interessen ihres Eigentums in keiner Instanz ablegen.

Wann es endlich soweit ist und die Polizei am Kottbusser Tor einziehen wird, ist noch ungewiss. Geplant ist das Frühjahr 2023. Die Gewerkschaft der Polizei ist sich im Übrigen unsicher über Sprangers Vorhaben. Die GdP fordert in diesem Zusammenhang nämlich ein erhöhtes Beamtenvolumen und Schaffung von mehr Polizeistellen.

Was wird das bedeuten? Das Kottbusser Tor, das zu einem kriminalitätsbelasteten Ort eingestuft worden ist, wird sich nun dem Willen der Polizei frei ergeben müssen. Es ist zu erwarten, dass es zu täglichen, häufigen Razzien, Personendurchsuchungen und Festnahmen, Entwürdigungen und Gewalttaten seitens der Polizei gegenüber den rassifizierten Anwohnern, vor allem aber gegenüber der ebenso rassifizierten Suchtkranken und Obdachlosen kommen wird.

Selbstverständlich ist der Kotti dreckig und manchmal bestimmt unsicher. Die Polizeiwache vor Ort wird aber keine Sicherheit bieten, sondern Kriminalisierung, Prekarität und Armut am Kotti weiter stärken.

Die Mietenkämpfe gewähren ein Verständnis darüber, dass es Wohnraum braucht, dass Eigentum nicht der Naturzustand dieser Welt ist und verhindern den kompletten Ausverkauf der Stadt an private Investoren. Aber sie hinterlassen uns auch in ihren Siegen immer in einer Situation, in der das Damoklesschwert über unseren Köpfen zu fallen droht, wie die Tragödie um das NKZ erneut zeigt.

Was es braucht, um die vielfältigen Probleme am Kottbusser Tor zu lösen – Ausbau des Gesundheitssektors, Wohnraum, Infrastruktur – ist nicht durch die ein-, oder andere Maßnahme, durch das ein-, oder andere Haus herzustellen. Was es braucht, ist ein grundsätzlicher, revolutionärer Bruch in dem Verständnis dessen, was es bedeutet, dem Menschen Würde zukommen zu lassen.

Slawa Ukraini – Der ukrainische Nationalismus und der Westen

Der militante Nationalismus erlebt seit dem Beginn des russischen Angriffskriegs auf die Ukraine seine Blütezeit – ausgerüstet und bestärkt wurde er seit eh und je durch die USA, Großbritannien und Deutschland.

Der folgende Text braucht eine Vorbemerkung: Er will nicht in die Kerbe der russischen Propaganda schlagen, dass der Einmarsch von Putins Truppen im Nachbarland Ukraine eine „Entnazifizierung“ selbiger sei. Der Einmarsch hat andere Gründe und ist eine klare Aggression, die von Kommunist:innen abzulehnen ist.
Dass Putin allerdings das Element der „Entnazifizierung“ ideologisch nutzt, bedeutet zugleich nicht, dass das Gegenteil wahr ist und es keine Faschisierung der Ukraine gäbe. Diese ist offenkundig und sie hängt klar und deutlich mit einer historischen Kontinuitätslinie der westlichen Einflussnahme in der Ukraine zusammen.

Ethnische Säuberungen und NS-Kollaboration

Um sich das zu verdeutlichen, muss man sich die Geschichte des ukrainischen Nationalismus vergegenwärtigen: Ende der 1920er-Jahre schuf Dmyto Dontsov eine eigenständige ukrainisch-faschistische Traditionslinie, die ihren organisierten Ausdruck in der Organisation Ukrainischer Nationalisten (OUN) fand. Diese sehnte sich nach einer „ethnisch reinen“ Ukraine und wurde später zum Kollaborateur des NS-Faschismus. Die OUN pflegte schon vor der Machtübergabe an Hitler Kontakte zur deutschen Reichswehr und wurde zu Beginn des Angriffskrieges gegen die Sowjetunion in diesen Feldzug eingebunden. Viele ihrer Anhänger und Kommandanten – etwa der heute glorifizierte Roman Schuchewytsch – gehörten zum Kern des Wehrmachtsbataillons „Nachtigall“. Beide damals existierenden Flügel der OUN (an Andrii Melnyk, OUN-m und an Stepan Bandera, OUN-b) orientierten sich eindeutig und explizit am europäischen Faschismus. Die Proponenten des ukrainischen Faschismus beteiligten sich an Massakern an Polen, Juden, Russen und nicht zuletzt Ukrainern, deren Mehrheit in der Roten Armee kämpfte. In internen Debatten diskutierten sie die Ausrottung der ukrainischen Juden und die Überführung von deren Eigentum in ukrainischen Besitz. Sie beteiligten sich am Holocaust und behielten ihre auf ethnische Säuberungen ausgelegte Strategie auch, als politische Widersprüche mit dem deutschen Faschismus über die Frage der ukrainischen Unabhängigkeit aufkamen. Der Topos des „jüdischen Bolschewismus“ war Teil ihrer Propaganda und sie blieben auch nach der militärischen Niederlage des Hitler-Faschismus im „Widerstand“ gegen die Sowjetunion.
Letzteres machte sie interessant für den Westen. Teile der Führung der ukrainischen Nationalisten wurden von den Geheimdiensten Großbritanniens oder der USA umworben, manche fanden Exil in Deutschland. In der Ukraine nutzte die weiter bestehende Bewegung terroristische Mittel, wurde aber von den sowjetischen Behörden zerschlagen.

Vom „Minderheitenglauben“ zur Hegemonie

Als im Jahr 1997 Andrew Wilsons Monographie zu ukrainischem Nationalismus erschien, nannte er den Nationalismus in der Ukraine einen „Glauben einer Minderheit“. Das unbestreitbar geostrategisch wichtigste post-sowjetische Land außerhalb Russlands sei quasi ungeeignet für die Entwicklung einer starken nationalistischen Bewegung, denn: „Die moderne Ukraine ist eine zutiefst gespaltene Gesellschaft mit einem ausgeprägten Muster regionaler Unterschiedlichkeit“.
Gleichwohl bemühten sich vor allem die jeweiligen „prowestlichen“ Kandidaten um die Schaffung eines neuen nationalen Mythos, der vor allem an die Tradition der ehemaligen NS-Kollaborateure der OUN (und ihrer diversen bewaffneten und nicht-bewaffneten Frontorganisationen) anknüpfte. Der schwedisch-amerikanische Historiker Per Anders Rudling, der dieses Phänomen untersuchte, sprach von „importierten Heroismus“ und „wiederentdeckten Helden“, die seit der Präsidentschaft des prowestlichen Wiktor Juschtschenko (Präsident 2005 bis 2010) verstärkt im nationalen Bewusstsein verankert wurden. OUN-Führer Stepan Bandera und Wehrmachtskollaborateur Roman Schuchewytsch sowie andere militante Nationalisten wurden nun zu offiziellen „Helden“ der Ukraine. Die von den OUN-Emigranten schon in der Nachkriegszeit betriebene widersprüchliche Geschichtsrevisionismus wurde zur offiziellen Geschichtsschreibung der Ukraine. Rudling beschreibt sie so: „Der Diaspora-Narrativ war widersprüchlich und kombinierte das Zelebrieren angeblicher Anti-Nazi-Widerstandsleistungen der OUN-UPA mit Feiern der Waffen-SS Galizien, einer ukrainischen Formation von Kollaborateuren, die von Heinrich Himmler 1943 gegründet worden war.“ Das führte zu Absurditäten wie der, dass Veteranen der Waffen-SS die UPA als „anti-Nazi Widerstandskämpfer“ würdigten und zugleich zum selben Verband von Kriegsveteranen gehörten.

Nazis als nationale Avantgarde

Der vom Westen gefeierte und geehrte – von Hillary Clinton zum Friedensnobelpreis vorgeschlagene Juschtschenko adelte zugleich die „Erben“ des ukrainischen Faschismus zu Politikern der „Mitte“, indem er faschistischen Aktivisten Stellen in der Neugestaltung der ukrainischen Gedenkpolitik zuwies und den Führer der neofaschistischen Partei „Swoboda“, Oleh Tjahnybok, in die eigene Parlamentsfraktion integrierte. Tjahnybok vertrat damals ganz ohne Scham die These, die Ukraine werde von einer „moskowitisch-jüdischen Mafia regiert“ und rühmte die OUN dafür, gegen „Moskowiten, Deutsche, Juden und anderen Abschaum“ gekämpft zu haben. Neben der parlamentarischen Faschisten wuchs zur gleichen Zeit schon der „sozial-nationale“ Faschismus der autonomen Nationalisten der Ukraine, die sich ebenfalls auf die OUN, oft aber noch deutlicher positiv auf den Nationalsozialismus bezogen und ihre Basis aus Fußball-Hooligans und Kriminellen bezogen. Mit dem prowestlichen Maidan-Umsturz von 2014, der den Autokraten Janukowitsch zum Fall brachte, entwickelten sich diese zur militanten Vorhut der Verteidigung der damals schon insgesamt nationalistischen Protestbewegung. Aus ihnen gingen später offiziell von der ukrainischen Regierung anerkannte und mit Orden behangene Formationen wie der „Rechte Sektor“, das Regiment „Azov“ und die Einheit „Aidar“ hervor – allesamt offen faschistische, den „Rassenkrieg“ proklamierende Faschisten, international vernetzt und hoch professionalisiert.
Der Krieg Putins hat diese zuvor bereits starke Tendenz vollendet: Die Bezugnahme auf die historische Tradition der OUN wurde in breiten Teilen der ukrainischen Bevölkerung hegemonial, die schwarz-roten Fahnen, die Bandera-Konterfeis und der Gruß „slava ukraini“, Ruhm der Ukraine, ist längst kein auf rechte Ränder beschränktes Gedankengut mehr. Der Westen knüpfte seinerseits ans den lange gehegten Wunsch US-amerikanischer, britischer und deutscher Regierungen an und integrierte die Nationalisten und Faschisten als „Freiheitskämpfer“ für die „Werte des Westens“ in die eigene Propaganda. Vom liberalen Mainstream unwidersprochen konnten so modernste Waffensysteme wie Javelins oder NLAWs samt westlichen „Ausbildern“ an faschistische Milizen geliefert werden, die Verbindungen zum Rechtsterrorismus in ganz Europa unterhalten.
Millionen Ukrainer kämpften in der Roten Armee, der Westen setzte, so Taras Kuzio in einer Besprechung von Wilsons Studie stets auf die winzig kleine Anzahl von Nationalisten, die man „fälschlicherweise als eine große Kraft in der Ukraine präsentierte“.

Ukrainischer Nationalismus in den 1990er-Jahren „A minority faith“ – vor allem im Westen der Ukraine.
The Slavic and East European Journal, 42(2), 342. doi:10.2307/310033

FINDER, G. N., & PRUSIN, A. V. (2004). Collaboration in Eastern Galicia: The Ukrainian police and the Holocaust. East European Jewish Affairs, 34(2), 95–118. doi:10.1080/13501670520003409

Kommentar: Ukraine – Klassenkampf statt Imperialismus!

Im Krieg in der Ukraine steht Deutschland auf der richtigen Seite: Auf der Seite der Freiheit, Demokratie und Menschenrechten! Schulter an Schulter gegen den russischen Despotismus – so die offizielle Erzählung, die uns tagtäglich in tausenden Formen präsentiert wird .

Im Krieg in der Ukraine steht Deutschland auf der richtigen Seite: Auf der Seite von Freiheit, Demokratie und Menschenrechten! Schulter an Schulter gegen den russischen Despotismus – so die offizielle Erzählung, die uns tagtäglich in tausenden Formen präsentiert wird .

Wie jeder Krieg ist auch der aktuelle angewiesen auf diese ideologische Vorbereitung . Schon Rosa Luxemburg stellte fest, dass jeder Nationalstaat seinen Bürger:innen vermitteln muss, warum sie bei Bedarf für ihr Land in den Krieg ziehen und sterben sollen, um so die Konsequenzen der Politik der Herrschenden zu tragen. Damit das funktioniert, muss jede Position gegen den Krieg diffamiert werden: Als Träumerei, als Verrat am Vaterland und an den eigenen heiligen („westlichen“) Werten.

Wer es jedoch ernst meint mit einem Nein zum Krieg, der kann die aktuell stattfindende innere und äußere Aufrüstung nicht unterstützen. Nicht einstimmen in die Lobhudelei des Krieges, dem vermeintlichen Heldenmut, den Nationalismus, Rassismus und die Glorifizierung des „heiligen Verteidigungskriegs von Europa“ ist die Aufgabe der Stunde.

Dieser Krieg ist nicht unser Krieg. Es ist ein Krieg zwischen imperialistischen Machtblöcken. Und das bleibt auch so, unabhängig von der Frage, wer hier jetzt wann und wo angefangen hat. Der Krieg in der Ukraine ist kein Krieg für die Befreiung des Menschen, für den Aufbau des Sozialismus, sondern einer, in dem Menschen für die jeweiligen Interessen kapitalistischer Staaten gegeneinander gehetzt werden und sterben.

Die Bevölkerung Europas hat an diesem Krieg nichts zu gewinnen, so wenig wie die russische oder ukrainische Arbeiterklasse. Die Tränen der Mütter kennen keine Farben, lautet ein kurdisches Sprichwort. Gewinnen tun in diesem Krieg nur wenige, die sich mit diesem Krieg eine goldene Nase verdienen.

Mit solch einer Haltung, läuft man natürlich Gefahr, von denjenigen die diesen Krieg befürworten verachtet, ausgelacht, denunziert zu werden. Realität bleibt jedoch, dass weder die Politiker:innen, die Konzernchefs oder diejenigen, die jetzt die Akzeptanz des „notwendigen Übels“ fordern, fähig sind, die drängendsten Krisen der heutigen Zeit zu bewältigen. Vom Klimawandel, globaler Verarmung bis zur Gefahr eines erneuten Weltkriegs. Nicht, wer den Umsturz der Verhältnisse fordert und organisieren will, verabschiedet sich von der realistischen Lösung der globalen Probleme. Sondern diejenigen, die in Krisenzeiten aus Hoffnungslosigkeit, Angst oder Verblendung gemeinsam mit den Verwaltern des Kapitalismus in unser aller Abgrund laufen.

SPORT

Kein Platz für Berlins Traditionsvereine

Immer mehr Traditions- und Arbeitervereine wie der DDR-Rekordmeister BFC Dynamo oder Tasmania Berlin werden verdrängt und entwurzelt. Für Sportanlagen fehlt im gentrifizierten Berlin der Platz.

146.000 Berlinerinnen und Berliner aller Altersstufen kicken in einem der 404 Organisierten-Fußballvereine der Stadt. Immer mehr von ihnen müssen dabei, gerade wenn sie den Sport leistungsorientiert betreiben wollen, weite Wege auf sich nehmen. Sportplätze und Trainingszeiten sind Mangelware: Die Berliner Sportvereine im allgemeinen und die Fußballer:innen im besonderen, haben ein Platzproblem.

Neben den Feldern für Freizeitsport auf denen oft mehrere Mannschaften von verschiedenen Vereinen gleichzeitig trainieren, setzt sich das Problem auch in den höheren Ligen fort. Von den sieben Berliner Männer-Mannschaften, die in der Regionalliga und der Dritten Bundesliga antreten, spielen nur vier an ihren eigenen, traditionsreichen Spielstätten.

Die anderen tragen ihre Pflichtspiele oft weit entfernt von der Vereinsbasis am anderen Ende der Stadt aus. Der Drittligist Viktoria Berlin aus Lichterfelde bestreitet seine Spiele im Jahnsportpark in Prenzlauerberg, genauso wie der Regionaligist VSG Altglienicke. Die ebenfalls viertklassigen Tasmanen aus Neukölln, müssen wiederum alle zwei Wochen zum „Heimspiel“ nach Lichterfelde. Dies wirkt sich nicht nur auf die Zuschauerzahlen, sondern auch auf den Zusammenhalt zwischen Spielern, Nachwuchsmannschaften und Vereinsmitgliedern aus.

Grund für diese Entwurzelung sind immer absurdere Auflagen für die Zulassung zum Ligabetrieb in den höheren Ligen und der Unwillen der Stadt die nötigen Umbaumaßnamen zu fördern. Diese betreffen etwa die Anzahl der Sitzplätze, die Gesamtanzahl von Zuschauer:innen, die oft weit über dem Zuschauerschnitt der Vereine liegt, die Sicherheitsarchitektur wie Zäune und Kameras und die Flutlichtanlagen. Für die Vereine bedeutet die Zwangsumsiedelung durch die anfallende Stadionmiete zudem eine zusätzliche finanzielle Belastung.

Trotz der bereits jetzt angespannten Situation, plant die Stadt weitere Spielstätten abzureißen. Sowohl das Sportforum Hohenschönhausen, in dem der Aufstiegskandidat BFC Dynamo seine Spiele bestreitet, als auch der Jahnsportpark in P-berg sollen umgestaltet oder abgerissen werden. Beide Sportstätten sind in den 50ern in Ostberlin entstanden und beide stehen eigentlich unter Denkmalschutz. In den nunmehr drei Jahrzehnten seit der Wende wurden die Sportstätten sträflich vernachlässigt und heruntergewirtschaftet, neben dem verheerenden Effekt auf die Berliner Vereinslandschaft scheint also auch die Ausradierung des ostdeutschen Erbes der Stadt eine Rolle zu spielen.

So sollen in Hohenschönhausen bald die Bagger rollen und im Sportforum ein „moderner und nachhaltiger Sportpark“ entstehen. Kleiner Planungsfehler: im Siegesentwurf der Architekturbüros „Holzwarth Landschaftsarchitektur“ und „yellow z“ fehlt das Fußballstadion. Dagegen organisieren sich Mitglieder und Anhänger des Vereins. Sie haben eine Petition gestartet und wollen sich den Abriss ihres Stadions nicht gefallen lassen.

Einer von Ihnen ist der Journalist und Historiker Nick Brauns. „Das Sportforum ist das Herz des BFC und muss es auch Bleiben“, so der Brauns. So sei das Sportforum nicht nur als Spielstätte wichtig, sondern auch Sitz der Geschäftsstelle und Trainingszentrum für die Nachwuchsarbeit. „Es ist arrogant und blind gegenüber der Geschichte des Platzes, wenn bei der Neugestaltung des Sportforums der Fußball auf der Strecke bleibt“, so der Historiker weiter. „Die Fußballstadt Berlin besteht aus mehr als zwei Vereinen“, meint er mit Hinweis auf die Bevorzugung der beiden Bundesligamahnschaften der Hauptstadt durch den Senat.

„Zu DDR-Zeiten haben wir hier gegen Liverpool vor 20 000 Fans gespielt und jetzt soll hier kein Stadion mit ausreichender Kapazität möglich sein? Das ist doch lächerlich“, pflichtet Andreas Gläser, Autor des Buches „Der BFC ist schuld am Mauerbau“, ihm bei. Auch Titus Hopp, der seit 1969 BFC Fan ist, ist fassungslos: „Für uns ist das Sportforum unsere Heimat. Es ist eine Schande, dass man die Umbau-Maßnahmen der letzten Jahre nicht genutzt hat, um ein ligataugliches Stadion zu bauen, eine wahnsinnige Geldverschwendung“. Er versteht auch die Haltung der Sportverwaltung nicht: „Die scheinen nicht zu begreifen, dass es außer Hertha und Union noch andere Berliner Vereine gibt, die auf dem Weg in den Profifußball sind“; so Hopp.

Auch dem BFC-Fan der ersten Stunde ist klar: Ohne ausreichende Spielstätten und Trainingsmöglichkeiten für die Jugendarbeit droht die Berliner Vereinslandschaft deutlich zu schrumpfen. Statt aber kollektiv organisierten Sport zu ermöglichen, investiert die Stadt in Hohenschönhausen lieber in „Urban-Sports“ Anlagen, auf denen Fitness versessene Hipster dem von ihren Apps vorgeschriebenen Trainingsplänen nach gehen können.

Tipps und Tricks für Inflation, Krieg und Krise

Mittlerweile ist es zwei Jahre her seit der erste Lockdown im Frühjahr 2020 zu lergefegten Supermarkt-Regalen und einer Spontanen Klopapier Knappheit in der Bundesrepublik führte. Jetzt im Jahr 2022 scheint eine Krise die nächste zu Jagen und die hohen Energiepreise treiben die Inflation in ein in Deutschland lange nicht dagewesenes Ausmaß. Durch die Verteuerung der Lebenshaltungskosten Zahlen wiedermal wir, die Arbeitende Bevölkerung die Zeche einer verfehlten Politik. Neben hohen Energiepreisen haben sich aber auch ganz alltägliche Lebensmittel in den letzten Jahren massiv verteuert. Neben Nudeln, Reis und Brot ist dabei auch das Gemüse im Supermarkt wesentlich teurer geworden, so dass der Einkauf von gesundem Essen für sich und die Familie schon zur Finanziellen Herausforderung werden kann.

Neben dem Einfachen und aus meiner Sicht völlig legitimen Mittel des Ladendiebstahls der notwendigen Lebensmittel besteht auch die Möglichkeit durch Selbstanbau von Lebensmitteln das Portemonnaie ein wenig zu entlasten. Vor über hundert Jahren entstanden zu diesem Zweck die Armengarten und Schreber Bewegung. Heute sind die Datschen hart umkämpft, kaum zu kriegen und darüber hinaus oft sehr teuer. Alles was uns Stadtbewohner:innen also bleibt, ist der Anbau auf dem Balkon. Hierfür eignen sich vor allem Flücksalate, Karotten und Kartoffeln, die neben ihren nahrhaften Knollen auch attraktive Blüten treiben. Zum Anbau sollte hierbei auf ausreichend große Blumenkübel zurückgegriffen werden. Für Kartoffeln eignen sich beispielsweise Maurerkübel aus dem Baumarkt.

Wer das Glück hat einen Südbalkon zu besitzen, kann sich zudem an Tomaten, Paprika und Aubergine versuchen. Diese brauchen viel Sonne und Wärme, weshalb frühsten Anfang Mai, nach den sogenannten Eisheiligen, mit dem Anbau begonnen werden sollte.

Natürlich hat leider nicht jeder einen Balkon und der Balkongarten kann nicht wirklich das durch die Inflation verursachte Versorgungsproblem lösen, dafür braucht es Kollektive Lösungen, aber ein bisschen Gratisgemüse kann sicherlich auch nicht schaden.

Editorial

die Proletin ist die Verteilzeitung des Bund der Kommunist:innen.

Bund der Kommunist:innen online:
www.kommunist-innen.org

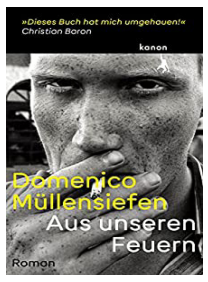
Kiezkommune Wedding
im Kiezladen Kommune65
Buttmanstraße 1a
13357 Berlin

Stadtteilkomitee Neukölln
IG:
stadtteilkomitee_neukoelln

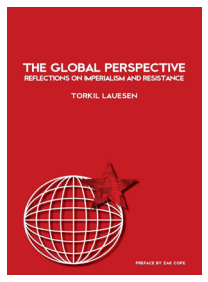
Stadtteilkomitee Lichtenberg
im Café Wostok
Weitlingstraße 97
10317 Lichtenberg

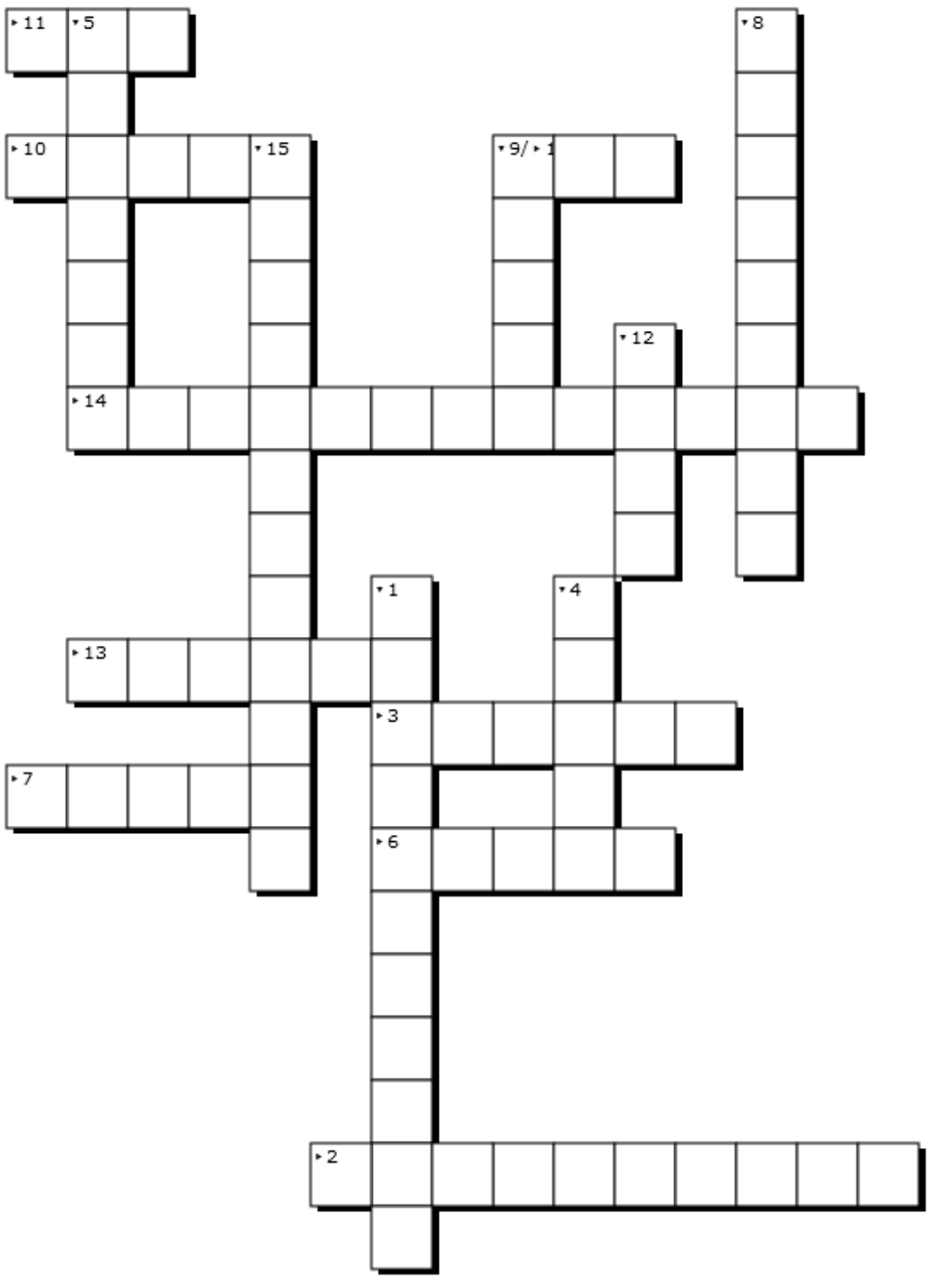
Buchtipps

Domenico Müllensiefen
Aus unseren Feuern
Kanon Verlag Berlin, 2022



Torkil Lauesen
The Global Perspective
Reflections on Immperialism and Resistance
KERSPLEBEDEB,2018





1. Russischer Politiker (Perestroika)
2. Italienischer Käse
3. Kreuzberger Musiker (Rio)
4. Arbeitermörder (SPD/Nachname)
5. Bezeichnung für den 1. Mai 1929
6. Heimisches Obst
7. Italienische Stadtguerilla (Brigate)
8. polnische Sozialistin (Nachname)
9. Arbeiterführer (August)
10. Maskottchen Reinickendorfs
11. Berliner Gefahrengebiete (Asog)
12. Faschistisches Regiment (Ukraine)
13. Spanischer Diktator (Nachname)
14. höchstes Stadium des Kapitalismus
15. Arbeitersportler (Werner)
16. Rekordmeister DDR